

völkerung auf Hong Kong Island ursächlich für die Zunahme derselben in Kowloon ist, kann nicht vorhergesagt werden. Möglich wäre auch ein Wegfall von Wohnheiten auf Hong Kong Island zugunsten von Bürokomplexen. Sicherlich spielen auch jede Menge anderer Faktoren (Immigration, Geburten- und Sterblichkeitsraten, Mobilität, Lohngefälle) mit in die Prognosen hinein. (XNA, 5.9.03) -cb-

27 Hongkong Gastgeber der nächsten WTO-Konferenz

Erfolglos wurden die Gespräche über Handelshemmnisse auf der 5. WTO-Konferenz von den Entwicklungsländern im mexikanischen Cancún in der Nacht zum 15. September abgebrochen. Bereits einen Tag vorher gab der mexikanische Außenminister, Luís Ernesto Derbez, bekannt, dass die 6. Handelskonferenz der WTO in Hongkong stattfinden wird.

Ein genaueres Datum wurde noch nicht festgelegt. Analysten meinten jedoch, dass das nächste Handelstreffen bereits im Jahr 2004 stattfinden könne, auch wenn es normalerweise alle zwei Jahre anberaumt werde. Ein Abgeordneter aus Hongkong sagte, dass die SVR von allen wichtigen Handelspartnern die volle Unterstützung bei der Gastgeberschaft zugesagt bekommen habe. Man darf abwarten, inwieweit und ob WTO- und Globalisierungsgegner dann nach Hongkong reisen und demonstrieren bzw. wie die Sicherheitsbehörden Hongkongs darauf reagieren werden. (XNA, 15.9.03) -cb-

28 Weitere Vorkehrungen gegen Wiederkehr von SARS

Die Gesundheitsbehörde hat nach dem Auftreten eines neuen SARS-Falles in Singapur die Hongkonger Bevölkerung zu erhöhter Wachsamkeit bei der Bekämpfung von SARS aufgerufen. Am Flughafen von Hongkong werden bei Einreisenden aus Singapur wieder Gesundheitschecks vorgenommen, und auch an den anderen Grenzübergängen werden weiterhin Gesundheitskontrollen durchgeführt. Zu diesem Zweck wurden 60 neue Stellen geschaffen, sodass sich das entsprechende Personal jetzt auf 400 beläuft. Die Öffentlichkeit wurde ermahnt, die

hygienischen Vorkehrungen fortzusetzen, insbesondere die Reinigung und Desinfektion öffentlicher Gebäude und Verkehrsmittel zu intensivieren; auch Restaurants und Lebensmittelhersteller ebenso wie Schulen wurden angemahnt, auf größte Reinlichkeit und Hygiene zu achten.

Vor allem aber hat die Regierung ein dreistufiges Warnsystem errichtet, um bei Verdachtsfällen sofort reagieren zu können. Sobald SARS-Fälle außerhalb Hongkongs oder ein Verdachtsfall in Hongkong gemeldet werden, wird die erste Stufe aktiviert. Die zweite Stufe tritt in Aktion, wenn es Anzeichen für eine Verbreitung der Krankheit in Hongkong gibt. Der Chef der Gesundheitsbehörde leitet die Stufe 1, der Chef der Hongkonger Regierung die Stufe 2. Außerdem soll ein Steuerungskomitee eingerichtet werden, das die Maßnahmen der Regierung bei Inkrafttreten der Stufe 1 und 2 festlegt. Das Komitee soll die gesamte Strategie zur Kontrolle der Krankheit erarbeiten und über Maßnahmen zur Eindämmung entscheiden. Weitere Aufgaben des Komitees sind die genaue Beobachtung der Situation und die Bewertung der durch die Krankheit verursachten Folgen.

Überdies ist die Regierung dabei, ein Centre for Disease Control aufzubauen, um längerfristig Vorkehrungen gegen Infektionskrankheiten zu treffen. Dieses Zentrum soll bis Jahresende eingerichtet sein. Zugleich wird die Zusammenarbeit mit den Gesundheitsämtern vom Festland und Macau, aber auch mit denen anderer Nachbarländer intensiviert. (Vgl. XNA, 9., 12., 22.9.03.) -st-

SVR Macau

29 Jahresbericht der Europäischen Kommission über Macau

Am 16. September legte die Europäische Kommission den Jahresbericht 2002 über die SVR Macau vor: „Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament, Sonderverwaltungsregion Macau: dritter Jahresbericht – 2002“. Kommissar

für Außenbeziehungen ist der frühere Gouverneur von Hongkong, Chris Patten. Die Mitteilung gliedert sich in die Kapitel Durchführung des Prinzips „ein Land, zwei Systeme“, rechtliche und administrative Entwicklung, Liberalisierung der Glücksspielindustrie, wirtschaftliche Situation und EU-Macau-Beziehungen.

In ihrem Bericht konstatiert die Kommission, dass sich Macau im Jahr 2002 nachhaltigen wirtschaftlichen Wachstums erfreute, einige wichtige Reformen wie die Liberalisierung der Glücksspielindustrie in Angriff genommen habe und die Durchführung des Prinzips „ein Land, zwei Systeme“ zufrieden stellend gewesen sei. Die geplante Verabschiedung eines Anti-Subversionsgesetzes (Artikel 23 des *Basic Law*) werde aufmerksam verfolgt. Der Bericht stellt den Mangel an Rechtsexperten fest, die Gesetze entwerfen und Gerichtsarbeit leisten können. Deshalb gebe es eine Verzögerung bei der Gesetzgebung der Legislativversammlung und der Arbeit der Gerichte. Die relativ junge Verwaltung bedürfe der Ausbildung und progressiver Reform. Die 2002 geschaffene Beobachtungsstelle für die öffentliche Verwaltung werde Vorschläge zu drei Bereichen machen: Rationalisierung der Verwaltungsstrukturen, Vereinfachung der Verwaltungsverfahren und Verbesserung der Dienstleistungsqualität der Verwaltung. In der Wirtschaft habe das reale BIP 2002 ein Wachstum von beachtenswerten 9,5% verzeichnet. Im Steuerjahr 2002 konnte die Regierung einen Überschuss von 1,7 Mrd. MPtc (244 Mio. Euro, über 3% des nominellen BIP) verbuchen. Glücksspielsteuern nahmen um 24,6% zu und erreichten den Rekordstand von 7,6 Mrd. MPtc (1 Mrd. Euro), u.a. wegen der Anhebung des Steuersatzes von 31,8% auf 35% im Jahr 2002. Steuern aus der Glücksspielindustrie machten über zwei Drittel der Steuereinnahmen aus, das ist deutlich mehr als in den letzten Jahren, als der Anteil 46% bis 60% ausmachte. Trotz des starken Wirtschaftswachstums 2002 leide Macau immer noch an anhaltender Deflation.

Die EU war 2002 Macaus drittgrößter Handelspartner mit 23% von Macaus Gesamtexporten, während 11,8% von Macaus Importen aus der EU stammten. Sie war der zweitgrößte Ex-

portmarkt nach den USA und der drittgrößte Warenlieferer hinter Festlandchina und Hongkong. Der gesamte bilaterale Handel belief sich auf 1,04 Mrd. Euro. Macaus Handelsüberschuss mit der EU betrug 382 Mio. Euro.

Zum Abschluss des Berichts heißt es, dass Macau von einer relativ blühenden Wirtschaftssituation profitieren konnte. Aufgrund ihrer klaren Vorstellung der wirtschaftlichen Aktivposten und Schwächen verfolge die Regierung eine Strategie der Diversifizierung der Wirtschaft. Die Liberalisierung der Glücksspielindustrie zeige erste Früchte und werde in den kommenden Jahren etwa 2 Mrd. Euro an Investitionen bringen. Dieser Erfolg habe mittelfristig zur Schaffung einer optimistischen Atmosphäre in der Gesellschaft und zur gegenwärtigen Popularität des Regierungschefs beigetragen. Als vorrangige Aufgaben der Regierung werden die Diversifizierung der Exportstrukturen, die Reform des Rechtssystems, die Aufwertung des Verwaltungs- und Krankenhaussystems, die Verbesserung der Wohlfahrt und die Anpassung der Arbeitskräfte genannt.

Die Beziehungen zwischen der EU und Macau basieren auf dem Handels- und Kooperationsabkommen, das am 14. Dezember 1992 geschlossen und am 1. Januar 1993 wirksam wurde. Ein Gemeinsames Komitee trifft sich jährlich. Die Mitteilung der Kommission von 1998 „Aufbau einer umfassenden Partnerschaft mit China“ hielt fest, dass es EU-Politik war, ein hohes Maß an Autonomie in Macau zu unterstützen. Am 12. November 1999 nahm die Kommission eine Mitteilung an den Rat und das Europäische Parlament mit dem Titel „Die EU und Macau: über 2000 hinaus“ an. Macau unterhält ein Wirtschafts- und Handelsbüro bei der EU in Brüssel, das nach der Bildung der SVR eingerichtet wurde. Aufgrund einer Verordnung des Europäischen Rates vom 15. März 2001 hin gewährten 13 der 15 EU-Mitgliedsstaaten Besitzern von Pässen der SVR Macau vom 10. April 2001 an visafreien Zugang. Großbritannien und Irland folgten im April 2002.

Seit der Unterzeichnung des Handels- und Kooperationsabkommens hat die EU etwa 1 Mio. Euro jährlich in Kooperationsprojekte mit Macau inves-

tiert. Es gibt und gab folgende Projekte:

- Ausbildung für die Tourismusindustrie (1999-2001),
- Europäische Studienprogramme (1999-2001),
- Programm zur Entwicklung von Dienstleistungen (1999-2001),
- Asien-Investitionsprogramm (2001-2002),
- Kooperationsprogramm zwischen der EU und Macau im Rechtswesen (2001-2005).

(europa.eu.int/comm/external_relations/macau/intro/index.htm, Zugriff am 7.10.03; XNA, 16.9.03) -ljk-

30 Artikel 23 weitgehend unbekannt

Im Gegensatz zu Hongkong, wo Regierungschef Tung Chee-hwa auf öffentlichen Druck hin Anfang September die Zurücknahme des Entwurfs eines Anti-Subversionsgesetzes bekannt geben musste, gibt es in Macau keine Proteste gegen die geplante Gesetzgebung. Macaus Regierung wird den Entwurf noch in diesem Jahr der Legislativversammlung vorlegen. Viele Bürger wissen nach einer Umfrage kaum etwas über das Gesetz. Im August führte das Public Opinion Programme der University of Hong Kong bei 565 Bürgern Macaus eine Umfrage durch. 85% gaben zu, dass ihre Kenntnisse des Artikels 23 unzureichend seien. Nur 9% erklärten, sie hätten ein gründliches Verständnis. 48% waren der Ansicht, die Gesetzgebung über die nationale Sicherheit berühre nicht ihre Freiheit und ihren Wohlstand, 36% waren anderer Meinung. Für den Fall, dass die Regierung bei der Gesetzgebung die Öffentlichkeit ignorieren würde, würden 41% einen Protest auf der Straße in Erwägung ziehen. Während 34% gelobten, mit friedlichen Mitteln zu kämpfen, wollten 36% die Gesetzgebung akzeptieren, auch wenn sie ihren Wünschen zuwiderlaufe. Weitere 13% würden für zivilen Ungehorsam eintreten. Die Meinungsumfrage bestätigt nur, dass die meisten Bürger Macaus erschreckend uninformiert über Gesetzes- und Rechtsangelegenheiten sind. Der Gesetzgebungsprozess und die Rechtsprechung sind für sie ein Buch

mit sieben Siegeln; vielen erscheint die Rechtsprechung als ein fremdes Phänomen oder koloniales Relikt. Zur Förderung des Rechtsverständnisses haben deshalb Regierung und Staatsanwaltschaft eine Reihe von Kampagnen initiiert. Meinungsforscher Robert Chung Ting-yiu, der die Umfrage durchführte, ist überzeugt, dass „Artikel 23“ in Macau auf keinen größeren Widerstand trifft, da die öffentliche Unterstützung für die Regierung und den Regierungschef Edmund Ho relativ groß sei. Macaus Regierung solle aber eine Lehre aus den Hongkonger Vorgängen ziehen und bei der Gesetzgebung den Ansichten der Öffentlichkeit mehr Aufmerksamkeit schenken. (SCMP, 26.9., 3.10.03) -ljk-

31 Seminar der portugiesischsprachigen Länder

Im Vorfeld des im Oktober in Macau stattfindenden Forums über die Zusammenarbeit in Wirtschaft und Handel zwischen China und den portugiesischsprachigen Ländern veranstaltete Macau am 22. und 23. September ein Seminar der portugiesischsprachigen Welt. (Dazu gehören Portugal, Brasilien, Kap Verde, Guinea-Bissau, São Tomé und Príncipe, Angola, Mosambik und Ost-Timor mit einer Gesamtbevölkerung von 200 Mio.) Themen waren der historische und kulturelle Hintergrund von Macau und den portugiesischsprachigen Ländern, die Aussichten der Kooperation in Wirtschaft und Handel und die Förderung der portugiesischen Sprache und des kulturellen Austauschs. Die über 100 Experten und Gelehrten waren sich einig, dass Macau seine Anstrengungen verstärken müsse, seine Brückenfunktion zwischen zwei der sich am stärksten entwickelnden Konsumgütermärkte – China und die portugiesischsprachige Welt – wahrzunehmen. Durch das Seminar sollen die portugiesischsprachigen Länder ein besseres Verständnis von Macaus Rolle als Plattform für die Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zwischen ihnen und China bekommen. Die Teilnehmer waren der Ansicht, dass die Ähnlichkeiten, die Macau in Sprache, Geschichte, Kultur und Verwaltung mit der portugiesischsprachigen Welt gemein habe, zu engeren Handelsbeziehungen Chinas mit den por-

tugiesischsprachigen Ländern in Europa, Lateinamerika und Afrika beitragen können. Das an Größe und Wirtschaftskraft kleine Macau habe ein breites Außenhandelsnetzwerk mit direkten Handelsverbindungen zu über 100 Ländern und Regionen geschaffen, das Macaus historischen Beziehungen zu westlichen Ländern zuzuschreiben sei. Neben China berge die südamerikanische Region das größte Marktpotenzial auf der Welt, wobei Brasilien über die größte Wirtschaft in der Region verfüge. Brasilien sei einer der größten Außenhandelspartner Chinas geworden, und China Brasiliens größter Exportmarkt in Asien. Die Beziehungen reichen in das 16. Jh. zurück, als Macau von den Portugiesen zu einem Seehandelszentrum für den Export chinesischer Waren über Brasilien nach Portugal gemacht wurde. Schließlich hoben die Seminarteilnehmer auch Macaus Status als Freihafen hervor, der an der Mündung des Perlflusses (Zhujiang) liegt, wo die Perlflussdelta-Region Gestalt annimmt. Chinas WTO-Beitritt, der geplante Bau einer Brücke, die Hongkong und Macau mit der Stadt Zhuhai in der Provinz Guangdong verbindet, und die Vereinbarungen über eine engere wirtschaftliche Partnerschaft zwischen dem Festland und den beiden Sonderverwaltungsregionen Hongkong und Macau haben Macaus Integration in das Perlflussdelta beschleunigt. Macau könne eine ideale Handelsplattform für den Export im Perlflussdelta hergestellter Produkte in europäische und lateinamerikanische Länder sein. (Macau Government Information Bureau web site, www.gcs.gov.mo, 2.9.03; XNA, 1., 24.9.03) -ljk-

Taiwan

32 Demonstrationen für und gegen Staatsnamen „Taiwan“

Ein so genannter Kampfbund für die Umbenennung Taiwans, die Union für Taiwan-Solidarität und einige andere Organisationen riefen am 6. September zu einer Großdemonstration nach Taipei. Etwa 70.000 bis über 100.000 Bürger folgten dem Aufruf. Sie for-

dernten, den Staatsnamen „Republik China“ durch „Taiwan“ zu ersetzen und einen neuen Antrag auf UNO-Mitgliedschaft unter dem Staatsnamen Taiwan zu stellen; auch solle die Regierung Staatsfirmen mit dem Namensbestandteil „China“ umbenennen (China Airlines, China Shipbuilding und viele andere). Die Demonstration – ein Sternmarsch, der zum Präsidentenpalast führte – wurde auch von der Regierungspartei DPP unterstützt. Präsident Chen Shui-bian nahm daran allerdings nicht teil, ebenso wenig wie Vizepräsidentin Annette Lü. Chen erklärte jedoch, er wäre mit marschiert, wenn er nicht Präsident wäre. Hauptredner auf der Abschlusskundgebung war der frühere Präsident Lee Teng-hui (Li Denghui). Laut Lee hat die Republik China bereits aufgehört zu existieren. Jetzt sei die Zeit reif, die neue Identität Taiwans auch terminologisch anzuerkennen. Eine entsprechende Taiwan-Verfassung mit neuem Staatsnamen könne bis 2008 oder 2010 zustande gebracht werden.

Ein „Schutzbündnis für die Republik China“ veranstaltete tags darauf eine Gegendemonstration, eine weitere Gegendemonstration wurde vom kommunistisch orientierten Bündnis für die Vereinigung Chinas durchgeführt. Die Gegendemonstrationen waren allerdings schwach besucht; die Schätzungen lagen in der Summe bei etwa einem Zehntel der Unabhängigkeitsbefürworter am Vortag.

Die Demonstrationen fanden in den Medien weltweit Beachtung. In ihnen zeigt sich wieder einmal die doppelte – und damit unklare – Identität des Landes. Diejenigen, die eine nationale Identität Taiwans unabhängig von China befürworten, erkennen, auf wie vielen Gebieten diese Identität nur eine angestrebte und keine reale ist – beim Staatsnamen, bei Namen von Firmen und Gesellschaften, in der Verfassung und vielen anderen Bereichen. Seit den letzten Jahren hat die Bewegung, die Taiwan-Identität aktiv zu fördern, deutlich an Schwung gewonnen. Damit verschärfen sich aber auch wieder die alten Gegensätze zwischen „Taiwanern“ und „Festländern“. Letztere plädieren nicht unbedingt für einen raschen Anschluss Taiwans an die VR China, sondern befürchten vielmehr, ein solcher Anschluss könnte

militärisch erzwungen werden, wenn die Unabhängigkeitsbefürworter ihren Willen bekommen. Auch wenn die Pro-Taiwan-Bewegung, wie auch die Demonstrantenzahlen zeigen, deutlich stärker ist als die der Anschlussbefürworter, zeigt sich doch letztlich immer wieder, dass die übergroße Bevölkerungsmehrheit im Zweifelsfall vorsichtig ist und der Wahrung des Status quo den Vorzug gibt. Der Schwung der Pro-Taiwan-Bewegung wird daher in absehbarer Zeit schwerlich ausreichen, sich auf politischer Ebene durchzusetzen und beispielsweise Präsident Chen im kommenden März zur Wiederwahl zu verhelfen. Da wird es auch nichts nützen, dass Expräsident Lee 500.000 Personen zu einer Wahlkampf-Großveranstaltung zur Unterstützung von Chen Shui-bian zusammentrommeln will, wie er japanischen Reportern gegenüber erklärte. (ST, 6.9.03; TT, 6.9.03; CNAT, nach BBC PF, 6.9., 19.9.03; SCMP, 8.9.03; FAZ, 8.9.03; FT, 7.8.03; TH, 8.9., 9.9.03)

Im September konnte die Pro-Taiwan-Bewegung aber auch schon einen greifbaren Erfolg feiern: Seit Monatsanfang tragen neue Reisepässe den Zusatz „Taiwan“ auf dem Deckel. (TH, 2.9.03) -hws-

33 Präsident Chen: neue Verfassung bis 2006

Zum 17. Gründungsjubiläum der Regierungspartei DPP gab Präsident Chen Shui-bian am 28. September bekannt, sein Ziel sei eine „neue Verfassung für Taiwan“ zum 20. Gründungsjubiläum der Partei im Jahr 2006.

Angesichts der Tatsache, dass die Reformbedürftigkeit der geltenden Verfassung wegen ihrer zahlreichen inhärenten Schwächen unbestritten ist, erstaunt allerdings, dass Chen abgesehen von zwei bereits geplanten Neuerungen nicht einmal Grundzüge der angestrebten neuen Ordnung skizzierte. Zu anstehenden Fragen wie die nach der Machtverteilung zwischen Parlament und Staatspräsident sowie zwischen Staatspräsident und Ministerpräsident bzw. Regierung, nach einem eventuellen neuen Staatsnamen und nach einem besseren Wahlsystem bezog Chen keine Stellung. Seine Wortwahl lässt jedoch darauf schließen, dass es sich um eine Verfassung